

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 77 (2006)
Heft: 6

Artikel: SP-Kantonsrätin Cécile Krebs fordert Kontrollstellen bei der Vermittlung von Pflegekindern : "Der Bund hat eine Verantwortung, die er nicht wahrnimmt"
Autor: Hansen, Robert / Krebs, Cécile
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-803916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP-Kantonsrätin Cécile Krebs fordert Kontrollstellen bei der Vermittlung von Pflegekindern

«Der Bund hat eine Verantwortung, die er nicht wahrnimmt»

■ Robert Hansen

Der Zürcher Kantonsrat hat eine Motion von Cécile Krebs überwiesen, die verlangt, die Pflegekindervermittlung sei unter die Lupe zu nehmen. Die SP-Politikerin fordert schweizweit einheitliche Schulung und Qualitätskontrollen.

■ *Sie haben schon lange vor dem Fall in Spanien – im Juni 2005 – eine Motion eingereicht unter dem Titel «Einführung einer Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für private Vermittlungen von Pflegekindern». Was hat Sie bereits vor den skandalträchtigen Schlagzeilen zu diesem Schritt bewegt?*

Cécile Krebs: Die Erkenntnis, dass eine grosse Gesetzeslücke besteht. Private, zum Teil profitorientierte Vermittlungsstellen unterstehen keiner Kontrolle durch die öffentliche Hand. Die Fremdplatzierung muss aber professionell gestaltet werden, von der ersten Kindesschutzmassnahme an bis zum Ende einer Fremdplatzierung. Denn die Kinder und Jugendlichen in der Pflegekinderplatzierung sind den privaten Institutionen ein Stück weit ausgeliefert.

■ *Weshalb begannen Sie, sich für das Thema zu interessieren?*

Krebs: Mein Mann arbeitet seit gut drei Jahren als Geschäftstellenleiter in der Pflegekinder-Aktion Schweiz. Zudem sind meine Kinder in Kontakt mit anderen Kindern, die in Pflegefamilien aufwachsen. Ich habe eine tiefe

Achtung gegenüber den Familien, in denen ein Kind aufgenommen wird und wo diese Arbeit geleistet wird. Ich wurde im Jahr 2002 durch das Postulat Fehr auf die

Thematik aufmerksam.

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr forderte einen Expertenbericht über das Pflegekinderwesen und forderte dessen gesamtschweizerische Koordination. Dieser Bericht wurde vom Bund in Auftrag gegeben und liegt nun seit zehn Monaten bei Bundesrat Blocher. Die Resultate sollen im Sommer publiziert werden. Was ich aber schon jetzt

sagen kann: Ich finde, es ist skandalös, dass man nicht weiss, wie viele Pflegekinder es in der Schweiz gibt ...

■ *... und die privaten Vermittlungsagenturen arbeiten ohne Kontrolle.*

Krebs: Es gibt private Vermittlungsinstitutionen, die gute Arbeit leisten. Ich sah aber auch, dass die Begleitung von einem Pflegeverhältnis sehr wichtig ist und dass keine Platzierung überstürzt gemacht werden soll.

■ *Wurden auch negative Fälle an Sie herangetragen?*

Krebs: Ich habe die Medienberichterstattung um die Himmelberger-Affäre verfolgt. Auch durch die Arbeit meines Mannes habe ich einiges erfahren.



«Ich finde es skandalös, dass man nicht weiss, wie viele Pflegekinder es in der Schweiz gibt.»

Fotos: roh

■ *War er in den Fall involviert?*

Krebs: Nicht direkt, aber durch seine Arbeit hat er viele Informationen erhalten.

■ *Das hat Sie motiviert, eine Motion einzureichen, um solche Fälle künftig zu verhindern?*

Krebs: Es hat mich bestärkt. Und ich habe gemerkt, dass die Zeit dazu reif ist. Ich hatte mich zuvor intensiv mit dem Thema beschäftigt, lange recherchiert und liess mich von den Fachstellen informieren. Die Materie ist

sehr komplex – nicht die grundlegenden Sachen, sondern vielmehr die vielen kleinen Teilaspekte.

■ *Wie ist Ihre Motion bei den Politikern im Zürcher Kantonsrat angekommen, die mit dieser Thematik nicht vertraut sind?*

Krebs: Ich hatte sehr gute Reaktionen. Kritik kam einzig von Seiten der SVP.

■ *Wie argumentierte die SVP gegen Ihre Motion?*

Krebs: Während der Debatte kamen Argumente, das Gewerbe brauche freien Lauf und dürfe nicht eingeschränkt werden.

■ *Trotzdem ist Ihre Motion angenommen worden.*

Krebs: Es fand eine sachliche und nicht eine emotionelle Diskussion statt ...

■ *... obwohl Ihre Motion am 24. April per Zufall kurz nach dem Spanienfall im Kantonsrat behandelt worden ist, als sehr viele Emotionen mitspielten?*

Krebs: Ja, das Thema hat sensibilisiert.

■ *Hätte das Resultat ohne den «Spanienfall» anders gelaute?*

Krebs: Ja, man konnte die Anliegen über «Mitte-links» hinaustragen. Ich denke, vor Spanien wäre die Abstimmung auf Messers Schneide gestanden. Sie wurde schliesslich mit 85 zu 61 Stimmen angenommen.

■ *Welches sind nun die weiteren Schritte?*

Krebs: Die Anliegen werden in der Bildungsdirektion von Regine Aepli behandelt. Sie wird die Motion in das Jugendhilfegesetz einbauen, das jetzt in Überarbeitung ist. Auf eine Motion muss der Regierungsrat innerhalb von drei Jahren eine Antwort geben.

■ *Welche Massnahmen können Sie sich vorstellen?*

Krebs: Beispielsweise eine Zertifizie-

rung der privaten Vermittlungsinstitutionen durch die Pflegekinder-Aktion Schweiz ...

■ *... besteht da nicht ein Interessenkonflikt?*



«Ich habe eine tiefe Achtung gegenüber den Familien, in denen ein Kind aufgenommen wird.»

Krebs: Es könnte auch eine andere Stelle sein.

■ *Ihr Vorstoss wird nun auf kantonaler Ebene behandelt. Doch ist bei diesem Thema nicht vielmehr der Bund gefordert, damit das Problem national angegangen wird und nicht jeder Kanton seine eigenen Lösungen sucht?*

Krebs: Da muss man den erwähnten Expertenbericht abwarten. Er wird sicher einen Handlungsbedarf aufzeigen. Es wäre schon sinnvoll, dass

die Pflegekinderplatzierung national geregelt wird. Der Bund hat eindeutig eine Verantwortung, die er nicht wahrnimmt.

■ *Kann jemand Aussagen machen, was*

das von Ihnen geforderte Qualitätsmanagement den Kanton Zürich kosten würde?

Krebs: Da wurde nie eine Zahl genannt. Wenn Vermittlungen und später die Arbeit in den Pflegefamilien jedoch nicht seriös gemacht wird, kommt es letztlich viel teurer. Und was beispielsweise ein Missbrauch für einen Jugendlichen bedeutet, lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Da wächst ein Misstrauen gegenüber der Erwachsenenwelt. Fehlplatzierungen führen zu Umplatzierungen, am Schluss zu Heimplatzierungen. Das ist schlimm für die Entwicklung der Kinder. Eine

richtige und qualitativ gute Intervention ist auch eine Prävention gegen Jugend- und Erwachsenekriminalität. Deshalb braucht es eine seriöse Begleitung im Pflegeverhältnis und Schulungen. In Problemsituationen müssen regelmässig Besuche stattfinden. Zudem sollten sich Pflegeeltern besser vernetzen.

■ *Würden Sie obligatorische Schulungen für die Pflegeeltern begrüssen?*

Krebs: Ja.

Hygienische Wäschepflege mit der patentierten Schontrommel



Schön, wenn man eine Sorge weniger hat und alle, Heimplatzung und Bewohner, mit der täglichen Wäschepflege rundum zufrieden sind. Dafür stehen seit Jahrzehnten die Miele Wäschereimaschinen: mit der patentierten Schontrommel mit Wabeneffekt, der sprichwörtlichen Qualität und den umfangreichen Serviceleistungen für hauseigene, wirtschaftliche Wäschereikonzepte. **Typisch Miele.**

Miele Professional
Limmatstrasse 4
8957 Spreitenbach
Tel. 056 417 27 51
Fax 056 417 24 69
www.mieleprofessional.ch

Miele
PROFESSIONAL

**Bildung und Beratung
im ambulanten
und stationären Bereich**

Nachdiplomstudium Pflege

Pflegefachfrau HöFa I WE'G / Pflegefachmann HöFa I WE'G

mit Fachvertiefung in

- Pflege alter Menschen
- Pflege akut kranker Menschen
- Pflege chronisch kranker Menschen
- psychiatrische Pflege
- Spitex-Pflege

Sie entwickeln gemeinsam mit Patientinnen und Patienten, Klientinnen und Klienten, deren Angehörigen sowie dem interdisziplinären Team Lösungswege für komplexe Versorgungssituationen. Sie führen Interventionen zu Hause, im Akutspital, in der Psychiatrie, im Heim oder der Rehabilitationsklinik durch und beurteilen die Wirkungen der Interventionen.

Sie stützen Ihr Handeln auf aktuelle Kenntnisse der Wissenschaft und die Kunst der Pflege ab.

Zielgruppe

Der NDK 1 richtet sich an diplomierte Pflegefachpersonen, die sich in diesen Bereichen fachlich vertiefen möchten.

Beginndaten

19. Juni 2006/16. Oktober 2006/20. November 2006/8. Januar 2007

Auskunft

Ruth König, Sachbearbeiterin, Telefon 062 837 58 12, E-Mail ruth.koenig@weg-edu.ch

Informationsveranstaltungen

14. Juni 2006/13. September 2006/16. November 2006; jeweils 17–19 Uhr

WE'G Mühlemattstrasse 42 **CH-5001 Aarau** Telefon 062 837 58 58 Fax 062 837 58 60 E-Mail info@weg-edu.ch

www.weg-edu.ch

WE'G
Weiterbildungszentrum für
Gesundheitsberufe

■ Und sollte diese auf Bundesebene koordiniert werden?

Krebs: Um eine Qualitätssicherung zu gewährleisten, sollte dies am besten so gemacht werden. Denn hier geht es nicht um irgendeine Ware, sondern um Kinder und Jugendliche.

■ Einige, mit denen der Umgang besonders schwierig

ist, werden in Camps nach

Spanien, auf

Bauernhöfe

in der Toscana und

Reisen auf dem

Hochseeschiff geschickt. Das hört sich sehr abenteuerlich an. Sind die Heime in der Schweiz nicht in der Lage, sich schwierigen Jugendlichen anzunehmen?



«Eine richtige und qualitativ gute Intervention ist auch eine Prävention gegen Jugend- und Erwachsenenriminalität.»

Krebs: Doch, ich denke schon, die Heime und Institutionen sind durchaus fähig, gute Angebote zu bieten. Aber es gibt in

der Schweiz einfach zu wenig Plätze, auch zu wenig Time-out-Platzierungen.

Das führt zu Konkurrenzangeboten, teilweise zu Preisen, die nicht gerechtfertigt sind. Auslandplatzierungen sind aber schwierig, und zum Teil fehlt auch die soziale Kontrolle. Der Kontakt der Jugendlichen zu ihren Bezugspersonen ist zum Teil

nicht gewährleistet, und eine Vertrauensperson kann fehlen.

■ Die Missstände in Spanien haben die Öffentlichkeit bewegt. Welche Art von

Reaktionen hatten Sie auf die politische Debatte?

Krebs: Ich hatte ein überparteilich positives Echo. Auch Fachstellen, die kantonale Verwaltung, Pflegeeltern und mein soziales Umfeld haben mir gratuliert.

■ Was hat Sie am meisten gefreut?

Krebs: Es ist wirklich gelungen, bis am Schluss der Debatte sachlich zu bleiben. Die Medien haben viel und exakt informiert. Die politischen Inhalte sind aufgenommen worden und sind angekommen. Mit Populismus und Skandalen macht man keine fundierte Politik, die zu Lösungen beiträgt.

Zur Person:

Cécile Krebs war Gemeinderätin in Winterthur und ist seit zweieinhalb Jahren Zürcher SP-Kantonsrätin in Zürich. Sie hat drei Mädchen und einen Jungen, ein fünftes Kind ist unterwegs. Die gelernte Krankenschwester mit Führungsausbildung (IAP) arbeitet seit eineinhalb Jahren im Familienservice in Winterthur, einer Stelle für die Vermittlung und Beratung von Familien.

«Hohe Ansprüche an vermittelnde Stellen»

Auszug aus der Motion 175/2005 von Cécile Krebs (SP, Winterthur), Lucius Dürr (CVP, Zürich) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich):

Die Vermittlung von Pflegekindern, die nicht zur Adoption vorgesehen sind, ist nicht bewilligungs- und nicht aufsichtspflichtig, obwohl diese Arbeit sehr anspruchsvoll ist. Familien sollten auf ihre Eignung hin abgeklärt werden, was Wissen über funktionale Familiensysteme voraussetzt. Schliesslich ist die richtige Familie für das richtige Kind zu finden. Bevor ein Kind für längere Zeit in eine Pflegefamilie aufgenommen werden darf, muss zudem bei der Vormundschaftsbehörde die Pflegekinderbewilligung eingeholt werden, wenn es sich nicht um ein nur meldepflichtiges Tagespflegeverhältnis handelt. Die Pflegefamilien sollten zudem auf die Pflege von Kindern, die oft aus schwierigen Situationen zu ihnen kommen, vorbereitet und während des Pflegeverhältnisses unterstützt und geschult werden.

Die Vermittlung von Pflegekindern stellt also hohe Ansprüche an die vermittelnden Stellen. Die kantonalen Jugendhilfestellen und der Fachbereich Pflegekinder der Stadt Zürich erbringen diese Leistung professionell und in guter Qualität. Die personellen Ressourcen sind jedoch so knapp, dass in der letzten Zeit immer mehr private Vermittlungsstellen für Pflegekinder die Arbeit der kantonalen und städtischen Stellen übernommen und ergänzt haben. Diese Vermittlungstätigkeit ist unkontrolliert. Es kann zurzeit jeder und jede und zum Teil zu hohen Preisen Pflegekinder vermitteln, ohne dass die Professionalität dieser Personen oder Institutionen gefordert und deren Arbeit und Preispolitik kontrolliert wären.

(roh)

Pflegeplätze genehmigungspflichtig

Im Kanton Thurgau formulierte SP-Kantonsrätin Christa Thorner eine Motion mit ähnlichem Inhalt wie jene von Cécile Krebs. Doch die Regierung war nicht bereit, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten, da die Vermittlungstätigkeit oft über die Kantons Grenzen hinausgehe und dies einen Vollzug verunmögliche. Justizdirektor Claudius Graf (SP) kündigte Anfang Mai jedoch an, die Pflegekinder-Verhältnisse künftig stärker zu beaufsichtigen. Pflegeplätze sollen genehmigungspflichtig werden, auch wenn die Platzierung nur einen Monat dauert. Zudem soll auch die Verwandtenpflege bewilligungspflichtig werden. Christa Thorner zog nach dieser Ankündigung ihre Motion zurück.

(roh)